

Nr.5

Juni 2008

# Die Propagandistin

Zeitung der 16. Abteilung „Grünes Dreieck“

SPD

## **VOLKSAUFSTAND. SELLOUT DER ARBEITERBEWEGUNG AM 17. JUNI 1953**



**Liebe Genossinnen und Genossen,**

wir sind sehr stolz euch auch die 5. Ausgabe unserer Abteilungszeitung präsentieren zu können. Der Leitartikel ist dieses mal, passend für unsere Juni / Juli Ausgabe, ein historischer Rückblick auf die Umstände und Geschehnisse des Volksaufstandes am 17. Juni 1953.

Leider konnten wir bis Redaktionsschluss nicht genug Beiträge für die Rubriken *Feuilleton*, *Aus den Vereinen* und *Distl's Verhör* sammeln, sodass ihr leider in dieser Ausgabe auf diese Rubriken verzichten müsst. Unser Diskussionsforum ist jedoch wieder einmal prall mit einem sehr guten Artikel über die Ergebnisse der diesjährigen Armutskonferenz, einem Beitrag zum Thema Islamunterricht an deutschen Schulen, einem Artikel zum Thema

Grundeinkommen, einem Diskussionsbeitrag zu den Präsidentschaftswahlen in Amerika, sowie einem weiteren Artikel zum Thema Afghanistan, gefüllt.

Wie ihr sicherlich gemerkt habt beschäftigen wir uns im Diskussionsforum nun schon seit der zweiten Ausgabe regelmäßig mit dem Thema „Afghanistaneinsatz der Bundeswehr“. – Genau so haben wir uns das gewünscht! Denn die Idee dieser Zeitung ist es ein Diskussionsforum für die inhaltliche Auseinandersetzung mit brisanten Themen zu schaffen, zum Nachdenken anzuregen und euch zu motivieren an diesen Diskussionen teilzunehmen.

Ich bin mir ganz sicher, dass jeder von Euch eigentlich nur darauf wartet endlich wieder

# Klein Zaches



Inh.: Niels-J. Kristiansen  
Antwerpener Str. 43 13353 Berlin - Wedding  
Telefon (030) 453 50 07

**Täglich geöffnet von  
17:00 – 04:00 Uhr**



mehr über politische Inhalte zu diskutieren, als sich ständig durch das Zünden von politischen Nebelkerzen den Blick auf das Wesentliche verschleiern zu lassen. Gerade heute muss die SPD beweisen, dass sie noch in der Lage ist ihre lange Tradition als Programm- und Mitgliederpartei fortzusetzen. Wir müssen uns wieder auf unsere Stärke in der programmatischen Auseinandersetzung mit den schwierigen außen- und innenpolitischen Fragen des 21. Jahrhunderts besinnen. Denn nur wenn wir alle Mitglieder in diese Diskussionen einbinden und mitreißen, werden wir eine lebendige und moderne Mitgliederpartei bleiben.

Wir glauben mit unserer Propagandistin einen kleinen Beitrag hierfür zu leisten und freuen uns auf weitere spannende Diskussionsbeiträge auch für die kommenden Ausgaben – vielleicht ja auch von DIR!

Viel Spaß beim Lesen und Nachdenken wünscht

Euer Hanno Winter

---

**Eure Kritik oder Beiträge könnt ihr loswerden unter:**

[propagandistin@gruenes-dreieck.de](mailto:propagandistin@gruenes-dreieck.de)

---

## Zum 17. Juni

*Wissenswertes zur Geschichte des 17. Juni*

## **Volksaufstand: Sellout der Arbeiterbewegung am 17. Juni 1953**

*Von Christopher Vetter*

### **Vorlauf**

Im Juli 1952 fand in Ostberlin die 2. Parteikonferenz der SED statt. Unter der von Walter Ulbricht geprägten Formulierung des „planmäßigen Aufbaus des Sozialismus“ fand eine „Sowjetisierung“ der Gesellschaft und eine Stärkung der Staatsmacht nach sowjetischem Vorbild statt. Insbesondere Bauern und kleine Handels- und Gewerbebetriebe sollten durch erhöhte Abgaben zur Aufgabe ihrer Selbstständigkeit gezwungen werden. Dieser Beschluss wurde vor dem Hintergrund einer katastrophalen ökonomischen Situation des Staates gefasst.

Im Zuge der von den sowjetischen Behörden forcierten Militarisierung wuchsen die direkten und indirekten Militärausgaben stetig an. Zusammen mit den Reparationsleistungen banden diese Ausgaben über 20 % des Haushaltes.

Die Wirtschaftspolitik der SED orientierte sich auf eine Bevorzugung der bisher in der DDR wenig vertretenen Schwerindustrie zu Lasten der Lebensmittel- und Konsumgüterindustrie. So wurde z.B. abends bei Einbruch der Dunkelheit für die Bevölkerung der elektrische Strom abgeschaltet. Es mangelte an allem, vor den Geschäften entstanden lange Schlangen. Das



Wohlstandsgefälle zum Westen, dem beim wirtschaftlichen Wiederaufbau im großen Ausmaß der Marshall-Plan zugute kam, vergrößerte sich. Das dramatische Anwachsen der ohnehin seit DDR-Staatsgründung konstant großen Abwanderungsbewegung („Abstimmung mit den Füßen“) im ersten Halbjahr 1953 stellte ein ökonomisches wie auch ein soziales Problem dar. Ein weiterer Faktor, der zu einer Belastung der politischen Lage führte, war die hohe Zahl von oppositionellen Strafgefangenen in der DDR.

## Normenerhöhung

Vor diesem krisenhaften gesamtstaatlichen Hintergrund wurde die Erhöhung der Arbeitsnormen (also die für den Lohn zu erbringende Arbeitsleistung oder kurz das Prinzip „Mehr Arbeit für gleichen Lohn“) als Provokation und absehbare Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft empfunden. Mit der Erhöhung der Arbeitsnormen um zehn Prozent bis zum 30. Juni, dem 60. Geburtstag Walter Ulbrichts, wollte das ZK den wirtschaftlichen Schwierigkeiten begegnen. Als Empfehlung herausgegeben, handelte es sich aber faktisch um eine Anweisung, dass in allen volkseigenen Betrieben Lohnsenkungen durchgeführt werden sollen.

Indisches Restaurant. Cafe. Bar.

*Ruchita*

Torfstrasse, (Ecke Kiautschoustr. 12a)

13353 Berlin. Tel: (030) 417 29 813

Mobile : 01721620997

Opening time everyday 12.00-24.00 Uhr

Jedem Sonntag grosse Büffe 12.00-17.00

www.ruchita.de

Währenddessen hatte sich die Führung der Sowjetunion ihre eigenen Gedanken zur Lage in der DDR gemacht und konzipierte Ende Mai die „Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der DDR“.

Am 11. Juni wurde der „Neue Kurs“ des Politbüros schließlich im Neuen Deutschland verkündet: Darin war durchaus Selbstkritik enthalten. Einige Maßnahmen zum „Aufbau des Sozialismus“ wurden zurückgenommen. So sollten Steuer- und Preiserhöhungen aufgehoben werden. Handwerker, Einzelhändler und private Industriebetriebe konnten die Rückgabe ihrer Geschäfte und Betriebe beantragen. Mittelbauern bekamen ihre zuvor konfiszierten Landmaschinen zurück. Alle Verhaftungen und Urteile sollten überprüft werden. Abschaltungen des elektrischen Stromes erfolgten nicht mehr.

Unter dem Strich profitierten vor allem die verbliebenen bürgerlichen Mittelschichten sowie die Bauern vom „Neuen Kurs“, während die Arbeiter von Vergünstigungen weitgehend ausgenommen blieben. So blieb die umstrittene Arbeitsnormenerhöhung bestehen, was zu ersten Unmutsäußerungen bei den Arbeitern führte. Vielfach wurde der Neue Kurs in der Bevölkerung als „Bankrotterklärung der SED-Diktatur“ gedeutet. In den folgenden Tagen kam es zu ersten kleineren Protestversammlungen und Demonstrationen.

## Dienstag, 16. Juni

Am 16. Juni erschien in der Gewerkschaftszeitung Tribüne ein Artikel, der die zehnprozentige Normenerhöhung als „in vollem Umfang richtig“ rechtfertigte. An diesem Tag kam es auf zwei Berliner Großbaustellen zu den ersten Arbeitsniederlegungen. Von den Baustellen aus formierte sich ein zunächst



kleiner Protestzug, der sich auf dem Weg zum Haus der Gewerkschaften des FDGB und weiter zum Regierungssitz in der Leipziger Straße schnell vergrößerte.

Nachdem die Gewerkschaftsführer sich geweigert hatten, die Arbeiter anzuhören, wurde dem Demonstrationszug vor dem Regierungsgebäude die vom Politbüro am Mittag beschlossene Rücknahme der Normenerhöhung mitgeteilt. Inzwischen bewegten sich die Forderungen der Menge allerdings über diesen konkreten Anlass zum Protest weit hinaus. In einer zunehmenden Politisierung der Losungen wurden unter anderem der Rücktritt der Regierung und freie Wahlen gefordert. Anschließend zog die Menge in einem ständig anwachsenden Demonstrationszug durch die Innenstadt, wobei unterwegs durch Sprechchöre und über einen erbeuteten Lautsprecherwagen der Generalstreik ausgerufen wurde.

## Mittwoch, 17. Juni

Am Morgen des 17. Juni brach im gesamten Gebiet der DDR etwas aus, was später als Aufstand des 17. Juni in die Geschichtsbücher eingehen sollte. Die Belegschaften vor allem großer Betriebe traten mit Beginn der Frühschicht in Streik und formierten sich zu Demonstrationszügen, die sich in die Zentren der größeren Städte richteten. In den Tagen des Aufstandes war den westlichen Medien und wahrscheinlich auch den meisten Protestierenden die nationale Dimension der Proteste noch nicht bewusst. Der RIAS etwa berichtete fast ausschließlich aus Berlin. Tatsächlich kam es neueren Forschungen zufolge in weit über 500 Orten in der DDR zu Streiks, Kundgebungen oder Gewalttätigkeiten gegen offizielle Personen oder Einrichtungen.

Schwerpunkte lagen in Berlin und den traditionellen Industrieregionen, etwa dem „Chemiedreieck“ um Halle. Die Zahl der am Protest Beteiligten lässt sich nicht genau bestimmen, Angaben schwanken zwischen 400.000 und 1,5 Millionen Menschen. Allein in Berlin gab es 46 verletzte Polizisten, davon 14 schwer, sowie Zerstörungen im Gesamtwert von über 500.000 Mark.

Die meisten Protestierenden waren Arbeiter. Bis 1989 wurde der Aufstand in der westdeutschen DDR-Forschung primär als Arbeiteraufstand betrachtet. Inzwischen ist die Literatur vom Begriff des Arbeiteraufstandes abgegangen, weil am 17. Juni das Widerstandspotential der ganzen Gesellschaft gegen die sozialistische Diktatur aktiviert wurde. Der Berliner Arbeiterprotest gegen die Normenerhöhung wirkte als Auslöser für eine Volkserhebung, die in der schlechten Stimmung der gesamten Bevölkerung ihren Nährboden fand.

Die Polizei war mit der Entwicklung der Ereignisse hoffnungslos überfordert, teilweise liefen Volkspolizisten zu den Demonstranten über. Die DDR-Regierung flüchtete sich nach Karlshorst unter den Schutz der sowjetischen Behörden. Man darf daher annehmen, dass ohne sowjetische Truppen der Aufstand nicht niedergeschlagen worden wäre.

Um 14 Uhr wurde eine Erklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl im DDR-Rundfunk ausgestrahlt: Darin wurde ausdrücklich noch einmal die Rücknahme der Normenerhöhungen erklärt. Der Aufstand jedoch sei „das Werk von Provokateuren und faschistischen Agenten ausländischer Mächte und ihrer Helfershelfer aus deutschen kapitalistischen Monopolen“. Alle „Arbeiter und ehrlichen Bürger“ forderte er auf, mitzuhelfen, „die Provokateure zu ergreifen und den



Staatsorganen zu übergeben“. Diese Darstellung der Ereignisse als von außen inszenierten, konterrevolutionären Putschversuch entsprach schon der späteren offiziellen Lesart des 17. Juni in der DDR-Geschichtsschreibung.

## Niederschlagung des Aufstands und Kriegsrecht

Die sowjetischen Behörden reagierten mit der Verhängung des Ausnahmezustands. Mit dieser Ausrufung des Kriegsrechts übernahm die Sowjetunion offiziell wieder die Regierungsgewalt über die DDR. Mit dem Eintreffen der Panzer verlor der Aufstand schnell an Schwung; zu größeren Angriffen auf das Militär kam es nicht. Insgesamt waren 16 sowjetische Divisionen mit etwa 20.000 Soldaten im Einsatz, sowie rund 8.000 Angehörige der Kasernierten Volkspolizei (KVP).

Eine erste Verhaftungswelle traf etwa 6.000 „Provokateure“, die sich gegen die ungeliebte Parteiendiktatur, gegen die Willkür der politischen Entscheidungsträger und im Endeffekt gegen die Ausbeutung der Arbeiterschicht durch ein System, das sich die Wohlfahrt derselben auf die Fahne schreibt, ausgesprochen hatte.

*Quelle: Wikipedia*

## Aus dem Kiez

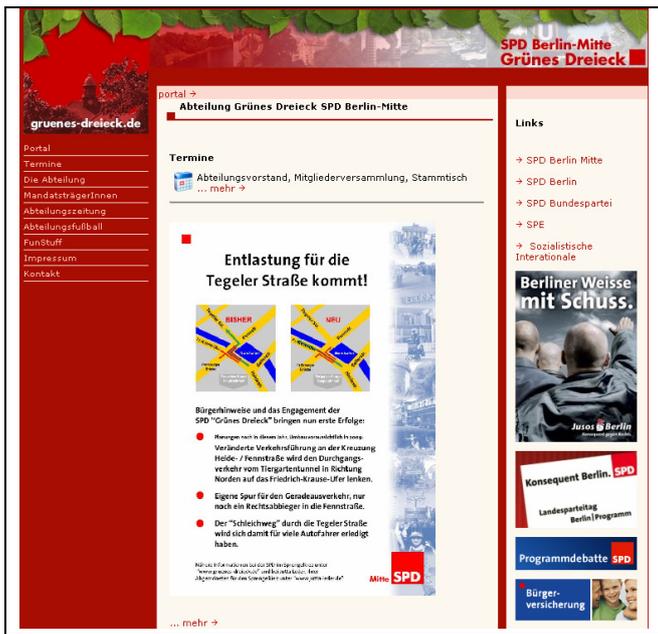
*Hier gibt's diesmal Neues aus dem Brüsseler und*

## [www.gruenes-dreieck.de](http://www.gruenes-dreieck.de) - Eine Internetseite für die ganze Familie\*

*von Matthias Hübner*

Unlängst auf unserer Klausurtagung haben wir unter anderem auch über die Außendarstellung unserer Abteilung gesprochen dazu gehört natürlich die Homepage. Diese ist im Vergleich zu den Seiten anderer Abteilungen im Kreis Mitte durchaus sehenswert, was jedoch nicht bedeutet, dass es nichts zu verbessern gibt. Hier nun noch einmal zusammengefasst einige Punkte, welche zur Verbesserung der Navigation auf der Seite und natürlich auch zur schöneren Außendarstellung unserer Abteilung führen.

Die Startseite stellt die Visitenkarte unserer Abteilung dar, hier sollte der Nutzer sowohl einen Überblick über wichtige Ereignisse im Grünen Dreieck erhalten, als auch einen Einblick in die Arbeit und Aktivitäten bekommen. Dafür sollen hier keine vollständigen Inhalte präsentiert werden, sondern lediglich ein oder zwei Absätze zu jedem Thema mit der Möglichkeit, sich zu ausführlicheren Beschreibungen durchzuklicken. Der Terminkalender soll natürlich für uns erhalten bleiben, wobei im Fokus unsere Aktivitäten wie AGen, und gesellige Ereignisse stehen werden, so dass insbesondere Personen angesprochen werden, die nicht unbedingt über alle Ereignisse im Grünen Dreieck informiert sind.



Zentrale Punkte der Homepage sind und bleiben all die Sachen, die wir so machen. Angefangen bei den regelmäßig stattfindenden Stammtischen, der Fußballmannschaft bis hin zu unseren Mitgliederversammlungen, den Aktivitäten im Quartiersrat oder auf Kreisebene. Das ganze wird ansprechend, möglichst mit Bildern präsentiert und jedes Thema sollte eine eigene kleine Unterseite bekommen. Die Propagandistin, als Flaggschiff der Abteilung wird eine eigene Rubrik als Aktivität bekommen, dies ist dem Gedanken geschuldet, dass sie die Leser auf die Homepage geführt haben könnte und somit auch schnell gefunden werden sollte.

Aber es sollte nicht nur darum gehen, Inhalte zu verändern, sondern auch neue Funktionen hinzuzufügen. Der schwierigste, aber auch interessanteste Bereich hierbei ist die Einrichtung eines Forums, in dem dann zum Beispiel die Diskussion nach einer Mitgliederversammlung fortgesetzt werden könnte. Solch ein Forum sollte themenbezogen sein. Die Mitgliederversammlungen würden so noch mehr ins Gewicht fallen, sie sollen in Zukunft auch auf der Startseite extra angekündigt werden. Etwas ausführlicher

könnte auch die Vorstellung der Mandatsträger ausfallen. Hier wäre es vorstellbar, zu jeder Person ein kleines Profil zu hinterlegen mit den Inhaltlichen Schwerpunkten und einigen persönlichen Eckdaten.

Wichtig für eine Homepage ist es natürlich gesehen und heutzutage bedeutet das gefunden zu werden. Das heißt, die Links von anderen Seiten zu unserer Homepage müssen verbessert werden, so dass wir Personen, die nach Themen oder Inhalten in ihrem Kiez suchen, den Weg zu uns erleichtern. Gleichzeitig wollen wir auf den entsprechenden Seiten auch noch stärker auf andere Initiativen hinweisen, an denen wir beteiligt sind. Eine Kleinigkeit, welche auch einen Bezug zur Berliner SPD und aktuellen Themen in Berlin herstellt ist ein sogenannter RSS-Reeder, der es ermöglicht, von anderen Seiten Schlagzeilen zu übernehmen. Diese werden dann automatisch aktualisiert, wenn die Hauptseite diese bei sich aktualisiert. Mit diesem Werkzeug ist es möglich, die Themen bei uns aufzurufen, die in der Landespartei veröffentlicht werden. So hat der Nutzer die Möglichkeit, bei Interesse weiter auf den Seiten der SPD zu verweilen.

Hinter all diesen Maßnahmen wird in Zukunft wieder ein etwas sanfterer Farbton stehen. Wir wollen damit vermeiden, dass die Augen zu sehr angestrengt werden durch den roten Hintergrund, immerhin möchte man es ja angenehm haben im eigenen Wohnzimmer. Das sind im Wesentlichen die von Hanno und mir geplanten Maßnahmen mit dem Ziel einer optimaleren Außendarstellung und gleichzeitig mehr nützlichen Funktionen für unsere Mitglieder.

*\* auf unserer Klausurtagung haben wir die beiden Kieze als unser Dorf bezeichnet und unsere Abteilung als unsere Familie*

## „Roter Stern 06“ – SPD Mitte hat eine Fußballmannschaft!

Von Hanno Winter und Beate Seitz



Bestimmt erinnern sich noch viele von Euch an das Sommermärchen 2006 – an die Aufbruchstimmung im ganzen Land und das Gefühl des grenzenlosen Jubels, als ob alle Sorgen des Alltags durch die Tore von Klose, Ballack und Co auf einem Schlag weggetreten seien. Man traf sich vor der großen Videoleinwand im Sprengelpark um die Fußballweltmeisterschaft gemeinsam zu erleben. Parallel zur WM lief damals der Sprengelcup. Der Sprengelcup war ein Fußballturnier, an welchem sich alle Bürger und Institutionen im Kiez beteiligen konnten, um für die Kiezkrone zu kicken. Für sie Abteilung „Grünes Dreieck“ war es natürlich Ehrensache auch mit einer SPD-Mannschaft an diesem Turnier teilzunehmen. Leider nahmen wir es damals als „Rote“ mit der Farbentreue ein wenig zu streng und erkämpften uns heroisch die rote Laterne des Turniers.

Aber keine Angst! Wir sind keine semiprofessionelle Mannschaft mit strickten



Dieser etwas schmachvolle Ausgang aus Sicht der Abteilung motivierte uns, es das nächste mal auf jeden Fall besser zu machen. So gründeten wir eine gemischte Abteilungsfußballmannschaft und begannen alsbald mit dem regelmäßigen Training. Anfangs spielten wir noch am Wochenende auf dem Fußballplatz am Sparrplatz oder im Julatek. Doch mit der Anwerbung von Spielern im Kreis Mitte wuchs die Mannschaft so stark an, dass wir uns entschieden im Sommer 2007 in die Rehberge auf die große Spielwiese zu ziehen. Um im Winter nicht pausieren zu müssen konnten wir eine Turnhalle vom BSC Rehberge ausfindig machen, in der wir trockenen Fußes weitertrainierten.

Seit der Gründung haben wir nun schon an einigen Turnieren und Freundschaftsspielen teilgenommen viele neue Spieler hinzugewonnen und den Spaß am Kicken nie verloren. Vor einigen Monaten bekam unsere Mannschaft aus der Kreiskasse tolle Trikots gespendet. Außerdem haben wir uns mobile Tore angeschafft und sind nun auch technische bestens ausgestattet.

Trainingsplan und Zirkeltraining geworden. Wir sind alle Freizeitkicker mit Spaß am Spiel und

Freude an sportlicher Betätigung. Bei uns sind alle Spieler, weiblich oder männlich, alt oder jung, SPD Mitglied oder nicht, willkommen. Der Spaß steht im Vordergrund!



Vielleicht haben wir ja auch bei Dir Interesse geweckt? Dann schau doch einfach vorbei! Wir spielen immer am Samstag von 16:00 Uhr bis ca. 18:00 auf der großen Spielwiese im Volkspark Rehberge (beim Parkcafe Rehberge).

Weitere Infos zur Fußballmannschaft SPD-Mitte „Roter Stern 06“ findet ihr auch unter [www.gruenes-dreieck.de](http://www.gruenes-dreieck.de)

## Diskussionsforum

*Dies ist die Plattform für (partei-) politische Debatten.*

### Neue Sicherheitsstrategie für Afghanistan

*Von Uwe Ostendorff*

1.000 zusätzliche Soldaten nach Afghanistan lauten derzeit die Debatte, die von Verteidigungsminister Jung angestoßen wird. Gleichzeitig fordern erstmals Hilfsorganisationen einen Abzugsplan, da sie die dortigen Truppen nicht mehr ausschließlich als Schutz ansehen. Das EU Polizeiausbildungskontingent wurde massiv aufgestockt. Es werden inzwischen auch Ausrüstungsgegenstände an die Polizei finanziert sowie deren Löhne. Und zuguterletzt äußert sich der Bundeswehrverband dahin gehend, dass eine Übergabe der Sicherheitsgewährleistung an die afghanische Polizei und das Militär in 4- 5 Jahren möglich erscheint. Das beschreibt das Dilemma in dem wir gegenwärtig stecken. Dabei hat sich der Verteidigungsminister bisher nicht durch Kreativität und Sachverstand hervorgetan.

Die Bundesrepublik ist sowohl durch Polizeiausbilder, Regierungsberater und ISAF und OEF Soldaten vor Ort. Die OEF Mission ist innerhalb der SPD bereits seit längerem umstritten. Die Operation Enduring Freedom (OEF, engl. Operation dauerhafte Freiheit) ist eine von den USA geführte militärische Operation gegen „den Terrorismus“. OEF besteht derzeit aus zwei weitgehend unabhängigen Teiloperationen, die in Afghanistan und im Seegebiet am Horn von Afrika stattfinden. In der



Anfangsphase der Operation wurden außerdem militärische Kräfte im Bereich des Persischen Golfs bereitgehalten.

## Wie die OEF begann

Als Reaktion auf die Terroranschläge am 11. September 2001 in den USA erklärten die USA den Krieg gegen den Terror. Eine der Maßnahmen dieses Krieges ist die Operation Enduring Freedom. Sie begann am 7. Oktober 2001 und hatte das Ziel, Führungs- und Ausbildungseinrichtungen von Terroristen auszuschalten, Terroristen zu bekämpfen, gefangen zu nehmen und vor Gericht zu stellen. Außerdem sollen Dritte dauerhaft von der Unterstützung terroristischer Aktivitäten abgehalten werden.

An der Operation sind inzwischen etwa 70 Nationen beteiligt, darunter Deutschland. Sie wird vom amerikanischen Regional-Kommando USCENTCOM mit Hauptquartier in Tampa/Florida geführt.

## Die deutsche Beteiligung

Deutschland beteiligt sich seit 16. November 2001 an der Operation Enduring Freedom. Als Einsatzgebiet war das Gebiet gemäß Art. 6 des Nordatlantikvertrags, die arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien und Nord-Ost-Afrika sowie die angrenzenden Seegebiete angegeben. Deutsche Kräfte dürfen sich an etwaigen Einsätzen gegen den internationalen Terrorismus in anderen Staaten als Afghanistan nur mit Zustimmung der jeweiligen Regierung beteiligen.

Das Mandat der Bundeswehr für OEF wird jährlich durch den Bundestag verlängert. Das maximale Truppenkontingent wurde inzwischen von 2800 auf 1800 Soldaten reduziert. Das

Mandat mit der Bezeichnung "Operation Enduring Freedom" war nach dem 11. September nötig, um die Taliban zu entmachten und die Al-Kaida-Lager in Afghanistan zu zerstören. Dieser Auftrag ist nun erfüllt. In den vergangenen Jahren ist OEF leider immer mehr zur Legitimierung der Antiterror-Kriegsführung der Amerikaner herangezogen worden. Ich denke, es wäre daher vernünftig, das Bundeswehr-Mandat für die "Operation Enduring Freedom" auslaufen zu lassen.

Die Kriegsführung der Amerikaner hat den Erfolg der Nato-Schutztruppe ISAF in Afghanistan gefährdet. Es gab und gibt immer wieder unabgestimmte und unverhältnismäßige Operationen. Die immer höher werdende Zahl von zivilen Opfern untergräbt die Legitimität der Regierung in Kabul, sie führt den Terroristen neue Unterstützer zu. Diese Form des Anti-Terrorkampfes führt zu keinen Ergebnissen. Sieben Jahre nach dem 11. September 2001 muss man die Frage stellen dürfen, ob man sich noch immer auf Artikel 51 der UNO-Charta berufen kann, also das Selbstverteidigungsrecht, oder ob man eine neue völkerrechtliche Legitimation etwa zur Absicherung von internationalen Seewegen benötigt. Das ist die Diskussion, die wir mit unseren amerikanischen Freunden führen müssen. Das OEF Mandat muss hingegen auslaufen, falls nötig stufenweise.

## Abhauen gilt nicht

Natürlich ist klar, dass wir den Aufbau in Afghanistan weiter unterstützen wollen und dass wir dafür eine militärische Absicherung wie sie durch die ISAF Truppen zur Zeit gewährleistet wird, brauchen. Ohne eine militärische Absicherung des Wiederaufbaus würden heute nicht sechs Millionen Menschen wieder zur Schule gehen, Frauen könnten nicht für das

Parlament kandidieren. Und gerade im Norden, wo die Bundeswehr präsent ist, gäbe es nicht die relative Stabilität, die dort jetzt vorherrscht. Ohne die Anwesenheit von ISAF würde Afghanistan im totalen Chaos versinken. Statt aufzustocken wäre im Übrigen auch eine Umschichtung der Kräfte möglich. Brunnen und Brücken bauen kann auch durch das THW oder andere Organisationen geschehen. Die Bundeswehr könnte sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren.

In der Polizeiausbildung wurde in der Vergangenheit nicht das getan, was die Bundesregierung ursprünglich zugesagt hatte. Dies hat sich geändert. Im Zweifelsfall muss hier noch nachgebessert werden. Außerdem müssen wir unser ziviles Engagement wo möglich verstärken. Nur wenn die Bevölkerung einen Nutzen für ihr persönliches Leben sieht, kann sich der afghanische Staat dauerhaft stabilisieren.

## Ein Übergabeplan

Beides, der Wiederaufbau der afghanischen Infrastruktur als Hilfe zur Selbsthilfe und der Aufbau einer afghanischen Sicherheitsstruktur müssen in einen mittelfristigen, das heißt zeitlich begrenzten Plan einfließen an dessen Ende der Abzug sämtlicher internationaler Kräfte stehen muss. Ob dieser dann einen Zeitraum von 5 oder 7 Jahren vorsieht ist nicht von Bedeutung. Wichtig ist es auf ein Ziel hinzuarbeiten und der afghanischen Bevölkerung die Angst von einer dauerhaften Besetzung zu nehmen. Erst wenn die Menschen diesen Staat als den ihren begreifen, werden sie sich dafür einsetzen. Und über eins sollten wir uns bei der Definition des Ziels klar sein. Es kann ein halbwegs stabiler Staat sein, aber sicher nicht eine Demokratie nach westlichen Standards.



## Erst Mathe, dann Allah. Islamunterricht an deutschen Schulen?

*Von Rico Todzi*

Es gibt ihn schon, den Islamunterricht an deutschen Schulen. Zwar nur als Modellversuch in Nordrhein-Westfalen, aber dort schon seit 1999. Inzwischen wird der Islamunterricht auch in Bayern angeboten. Das Hauptproblem: Es fehlen ausgebildete Lehrer, die Inhalte richtig und sinngemäß den Schülern vermitteln.

Die Diskussion um einen bundesweiten Islamunterricht fing mit der kürzlichen Islamkonferenz an. Islamischen Religionsunterricht solle als ordentliches Unterrichtsfach in deutscher Sprache eingeführt werden, Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) will somit den „Hasspredigern Konkurrenz machen“, sagte er nach Angabe der Taz.



# ufer Café

gemütliche Klavierstube

Nordufer 4 · 13353 Berlin

Telefon: (030) 45 02 18 72

Inhaber und Musiker - Falki und Robert



mit schönem  
Biergarten

**Täglich geöffnet**  
von 16.00 bis 04.00 Uhr  
Sonntags bis 24.00 Uhr

- An fast allen Tagen bieten wir euch ein interessantes Rahmenprogramm!  
z.B.:
- jeden Sonntag ab 16:00 Uhr Kaffeeklatsch mit Live Musik
- jeden Sonntag ab 21:30 Uhr Chansonabend
- jeden Mittwoch um 21:00 Uhr Filmabend

**GUTSCHEIN**  
für eine Berliner Weiße mit Schuß  
(NATÜRLICH ROT!)  
Bei Abgabe  
dieses Gutscheins!



Der Islam ist im Gegensatz zu den christlichen Kirchen in Deutschland bis heute nicht als Religionsgemeinschaft anerkannt, die Unterricht an Schulen erteilen darf. Nur 10 bis 20 Prozent der Muslime in Deutschland sind in Moscheevereinen oder anderen Organisationen zusammengeschlossen.

In Nordrhein-Westfalen gibt es seit 1999 Islamkunde, und das mittlerweile an rund 150 Schulen. Auch in andern Ländern, darunter Niedersachsen und Bayern, erproben Staat und Moscheegemeinden den Islamunterricht. Die Erfahrungen seien laut dem Islamforscher Kiefer bislang positiv. „Gut gemachter Islamunterricht trägt viel zur Integration bei“ sagt er gegenüber der Taz. Eltern muslimischer Schüler würden sich stärker am Schulleben beteiligen. Doch auf rund 750.000 muslimische Schüler in Deutschland kommen etwa 150 Lehrer - mindestens zehnmal so viele müssten es aber sein. Das ist ein Problem. Bisher haben nur die Unis in Münster, Osnabrück und Erlangen angefangen, einige Dutzend Islamlehrer auszubilden. Man bräuchte demzufolge noch eine Weile, bis es überhaupt flächendeckend losgehen kann. Berlin ist in diesem Zusammenhang ein „Sonderfall“: Vor acht Jahren hat sich die Islamische Föderation das Recht erklagt, freiwilligen Islamunterricht anbieten zu dürfen. Heute unterrichtet der Verband in mehr als 30 Grundschulen. Allerdings bereitet es vielen Unbehagen, dass die Islamische Föderation der vom Verfassungsschutz beobachteten Organisation Milli Görüs nahe stehen soll.

Die Frage, die letztendlich auch geklärt werden muss ist, ob es Schüler und Eltern überhaupt wollen, dass in deutschen Schulen Islamunterricht stattfindet. Auf der einen Seite könnte der Unterricht sich ein Beitrag zur Integration sein, wenn auch deutsche Kinder sich

mit dem Islam verstärkt auseinander setzen. Auf der anderen Seite könnte es aber falsch verstanden werden, nämlich, dass der Islam als Bedrohung wahrgenommen wird. Es gibt bestimmt Jugendliche, die nicht rechtsextrem sein mögen, die dennoch den Islam als „Einmischung in die deutsche Kultur“ verstehen.

Vielleicht sollte jede Schule für sich selbst entscheiden, ob sie den Islam Unterricht an ihrer Schule will und einführt, und vielleicht sollte man zuvor eine Umfrage bei Lehrern, Schülern und auch Eltern durchführen. Die größte Aufgabe wird es darum sein, den Islamunterricht so offen zu gestalten - wenn es ihn gibt -, dass kein Zweifel daran besteht, dass der Islam mit der westlichen Kultur vereinbar sein kann.

---

## **Immer mehr Kinder verwaarloosen in Deutschland. Ein Grundeinkommen würde gerade den Problemfamilien gut tun**

*Von Rico Todzi*

Mittlerweile hört man fast jeden Tag von misshandelten, getöteten, gefolterten, vergewaltigten und verwaarlosten Kindern in den Nachrichten. Manchmal habe ich schon gar keine Lust mehr den Fernseher anzuschalten, denn das geht mir sehr nahe. Man sieht wie die Schwächsten der Schwachen und die zukünftigen Großen dieses Landes behandelt, oder besser: misshandelt und vergessen werden.



Mittlerweile gelten 1.653 Kinder und Jugendliche in Deutschland als vermisst.

Warum? Ist ein Überforderungsdruck aufgrund der lang anhaltenden Arbeitslosigkeit in Deutschland Schuld daran, weshalb sich viele Eltern nicht mehr um ihre Kleinen kümmern können oder wollen? Oder liegt es daran, dass sich der Stellenwert der Familie in Deutschland gewandelt hat und auch nicht der gleiche ist wie in anderen Ländern?

Tatsache ist, dass Kindesmisshandlung und häusliche Gewalt in den „besten“ Familien vorkommt. Klar ist aber auch, dass Armut und Perspektivlosigkeit soziale Verwahrlosung befördern. Allein erziehende, von Hartz IV abhängige Eltern, haben heute kaum noch ausreichend Geld, um sich selber und ihre Kinder zu versorgen. Diese Eltern sind überfordert. Gerade für Deutschland zeigten Studien, dass Familien für ihre Kinder weniger Schutzraum bieten können als in anderen Ländern. Ein starker Familienzusammenhalt wie in Spanien oder Italien fehlt hierzulande. Zugleich ist Langzeitarbeitslosigkeit gerade in Deutschland ein Problem, denn nirgends ist sie höher – nur in Griechenland. Eine generelle Grundversorgung, so etwa ein Grundeinkommen, würde den Druck darum gerade für die sozial Schwachen mildern, wenn das auch nicht alle Gesellschaftsprobleme löst.

Wenn Familien überfordert sind, weil sie nicht mehr für sich und ihre Kinder sorgen können, dann ist es natürlich am einfachsten, das Kind auf dem schnellsten Wege los werden zu wollen: Man packt die Kleinen in so genannte Baby-Klappen, die seit Jahren an Krankenhäusern angebracht sind. Da können, meist junge Mütter, ihr Neugeborenes anonym abgegeben, ohne vor der Justiz Angst haben zu müssen - das Kind erhält dann eine „medizinische Unterkunft“.

Schon alleine das ist tragisch. Viel tragischer ist aber noch, wenn Eltern ihre Kinder im Garten vergraben oder in die Kühltruhe stecken. Was geht in den Köpfen solcher Eltern vor? Denken sie vielleicht, dass sie ihren Kindern damit einen Gefallen tun, weil sie der Meinung sind, dass es besser sei tot zu sein, als in diesem Leben zu bleiben?

Hier kommt der Staat ins Spiel. Der Staat hat die Pflicht, sich den Problemen dieser Leute anzunehmen. Wo gute soziale Kontakte solche Verwahrlosungen nicht mehr korrigieren können, muss sich der Staat gerade um die sozial Schwachen kümmern. Er muss für sie sorgen, er muss dann aber auch das Kind den Eltern gegebenenfalls wegnehmen, wenn das Kind misshandelt wird. Zugleich darf es jedoch nicht vorkommen - wie in letzter Zeit oft geschehen -, dass das Jugendamt den Eltern ihre Kinder wegnehmen, weil angeblich Alkohol oder Drogen im Spiel sind, ohne das vorher ausreichend zu prüfen. Genauso wenig darf es sein, dass man Kinder einfach wieder in diese Problemfamilien zurück gibt.

Die Frage ist eher, warum das keiner im Vorfeld bemerkt, wenn ein Kind geschlagen oder missbraucht wird? Es muss den Menschen in der Umgebung auffallen, wenn ein 12- oder 14-jähriger Junge oder ein Mädchen gleichen Alters auf einmal nicht mehr zur Schule geht oder sich in der Schule nicht mehr konzentrieren kann, wenn das Kind auch immer aggressiver wird oder sich gänzlich zurückzieht.

Hier sind gute pädagogische Kräfte gefragt. Manchmal hat man aber das Gefühl, dass Lehrer keinen guten Kontakt mehr zu ihren Schützlingen haben oder keine Wege finden, mit ihnen passend umzugehen. Hin und wieder scheint es ihnen auch egal zu sein, was mit ihren Schülern passiert. Dann braucht man sich nicht



zu wundern, wenn Gewalt und Verwahrlosung unter Kindern und Jugendlichen merklich zunehmen.

Kinder sind und bleiben die Zukunft jeden Landes auf dieser Welt. Wenn wir uns nicht um diese Kinder kümmern, haben wir selber auch keine Zukunft. Heute üben vor allem die Schule und Freunde starken Einfluss auf die Kinder aus. Aber müssten es nicht gerade die Eltern sein, die ihren Kindern ein Vorbild abgeben?

---

## **Armutsspirale stoppen! Ein kurzer sozialdemokratischer Kommentar zum 3. Armuts- und Reichtumsbericht und der Stellungnahme der Nationalen Armutskonferenz.**

*Von Uwe Ostendorff*

Die Eckpunkte des 3. Armuts- und Reichtumsberichts zu Lebenslagen in Deutschland haben deutlich gemacht, was bereits durch andere veröffentlichte Studien bekannt war: Die Schere der Einkommens- und Vermögensverhältnisse ist in den letzten Jahren extrem auseinander gegangen. Aufstiegsmöglichkeiten sind schwerer geworden, weil die Abschottung der Eliten nach unten mit Hinweis auf die Globalisierung zugenommen hat. In der Stellungnahme der

Nationalen Armuts-Konferenz (NAK) wird dies noch einmal schön zusammengefasst.

Die Entwicklung, dass auf der einen Seite 10 Prozent der Haushalte mittlerweile fast 60 Prozent des gesamten Vermögens besitzen und auf der anderen Seite für immer breitere Bevölkerungsschichten das Armutsrisiko wächst, erfordert unter Verteilungsgesichtspunkten eine Neujustierung unter anderem von Steuern und Abgaben.

Dazu brauchen wir:

1. Eine Einkommenssteuer, die mittels Progression die Höhe der unverhältnismäßig stark gestiegenen hohen Einkommen berücksichtigt und die Steuern und Abgaben der unteren bis hin zu den mittleren Einkommen senkt. Die Absenkung des Spitzensteuersatzes war ein großer Fehler.

2. Die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Vermögensteuern sind in anderen Ländern üblich und tragen dort in erheblichem Umfang - in den USA, Großbritannien und Japan beispielsweise zu über 10 % - zum gesamten Steueraufkommen bei, bei uns zu 0,9%.

3. Das Erbschaftsteueraufkommen muss weit über der Beibehaltung des Erbschaftsteueraufkommens von 4 Milliarden Euro liegen. Dabei geht es nicht, um die Erbschaften „des kleinen Mannes“. : "Aber wer als Erbe kassiert, ohne dafür gearbeitet zu haben, soll ruhig etwas abgeben." wie Michael Müller, der Berliner SPD Chef bereits 2005 der Bildzeitung erklärte.

Darüber hinaus dürfen wir bei unserem Werben für den Mindestlohn nicht nachlassen. Für den Mindestlohn ist auch eine eindeutigere Haltung der Gewerkschaften gefordert. Sicherlich gibt es



Bereiche in denen ein Mindestlohn nicht erforderlich ist und die Tarifautonomie alles regelt. Aber die andere Bereiche können erst dann gesichert werden, wenn es eine bundeseinheitliche Lösung gibt. Das gleiche gilt für das Lohndumping durch Leiharbeit. Wenn in Dänemark ein Leiharbeiter nicht den gleichen Lohn erhält wie die übrigen ArbeitnehmerInnen, wird der Betrieb bestreikt. Eine solch konsequente Haltung wäre auch bei uns wünschenswert. Solidarität kann man nicht einfach an Parteien wegdelegieren.

Und nicht zuletzt geht es bei der Bekämpfung von Armut auch um Bildung. Unser aus der Kaiserzeit stammendes mehrgliedriges Schulsystem versagt. Zu groß ist die Abhängigkeit von der Herkunft. Hier müssen wir bereits mit der vorschulischen Bildung anfangen. Die Qualifizierung der KiTas als Bildungsträger ist sicherlich ein erster richtiger Schritt. Doch wir werden über Kurz oder Lang nicht an einer Vorschulbildung wie im europäischen Ausland herum kommen. Das dazu moderne motivierende Lernformen statt Frontalunterricht gehören, sollte selbstverständlich sein, auch für den Rest der Schulen. Berlin sollte hier eine Vorreiterrolle spielen. Hinzu kommt die Gemeinschaftsschule als Verwirklichung der ursprünglichen Ideen der integrierten Gesamtschule. Bereits in 20ern führt der SPD Schulpolitiker Kurt Löwenstein die Gesamtschule in Berlin ein. Der Versuch die Bildungsspaltung nach 68 zu überwinden scheiterte auf halber Strecke. Nun wird ein zweiter und hoffentlich erfolgreicher Versuch gestartet. Dieser sollte von der SPD alle nur erdenkliche Unterstützung erhalten.

Das alles zeigt eines, es geht mehr als nur um das Hin- und Herschieben von einzelnen Geldbeträgen. Es geht um eine Zukunftsidee.

Eine solche existierte bereits in den 50er Jahren mit Schelskys „nivellierter Mittelstandsgesellschaft“. Schelsky prognostizierte, der solidarische Zusammenhalt der nationalen Gesellschaft durch Bildungs-, Transfer- und Sicherungssysteme führe schrittweise zu Entstehung einer breiten, nahezu alle Gesellschaftsgruppen umfassenden Mittelschicht. Damit trat Willy Brandt in den 70er Jahren an und gewann die Wahlen. Alle sollten die Aussicht auf ein bisschen Wohlstand haben. Heute haben zu Recht die meisten Menschen Angst vor Armut. Auch wenn das damalige Wohlstandsmodell den heutigen (europäischen) Realitäten angepasst werden muss. Wenn die SPD weiter eine Volkspartei bleiben will und ein Synonym für soziale Gerechtigkeit, muss sie der jetzigen fatalen Entwicklung wieder ein solches soziales Modell entgegenstellen. Daran ist dann auch die Frage nach parlamentarischen Mehrheiten auszurichten und nicht an Fragen aus dem kalten Krieg. Die Menschen, auch die Mitglieder dieser Partei, haben ein Anrecht darauf wieder Mut und Hoffnung zu schöpfen und mit Zuversicht in die Zukunft zu schauen. Wer unter dem Verweis auf die Globalisierung nur Durchhalteparolen ausgibt, muss sich nicht wundern, wenn wie in der neuesten Studie der Friedrich\_Ebert-Stiftung nachzulesen ist, nur noch 60% unsere demokratische Grundordnung für ein gutes System halten.

---



# Eschenbräu macht Apfelsaft

ab Ende Oktober gibts selbstgepressten Apfelsaft, natürlich naturtrüb und in bester Qualität.

Aus unbehandelten Brandenburger Äpfeln wird in der Brauerei Saft gepresst und in 10 l-Säcke abgefüllt (siehe Bild).

Die Äpfel werden sortenrein gepresst (z.B. Gold Parmäne, Boskoop, Kaiser Wilhelm...). An den Presstagen kann er auch kaltgepresst mitgenommen werden.

Wann die Ernte und Verarbeitung losgeht, wird auf der Homepage angekündigt

[www.eschenbraeu.de](http://www.eschenbraeu.de)





## Die Delegiertenkonferenz der Nationalen Armutskonferenz hat auf ihrer Tagung am 28. Mai 2008 in Berlin folgenden Beschluss zum Entwurf des 3. Nationalen Armuts- und Reichtumsberichts gefasst:

Die Kernaussage des Armuts- und Reichtumsberichts lautet: Armut und Reichtum haben in Deutschland in den letzten Jahren drastisch zugenommen. Besonders nachteilig betroffen sind Haushalte mit langzeitarbeitslosen Menschen und in diesen besonders die Kinder. Aus der mittleren Einkommensschicht sind viele Haushalte in ein unteres Einkommenssegment abgerutscht und nur wenige in ein höheres aufgestiegen.

Die Ursache ist nicht nur das Inkrafttreten von „Hartz IV“, sondern auch die Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen. Dazu zählen z.B. Mini-Jobs, Leiharbeit, ungesicherte Selbstständigkeit, besonders aber Jobs im Niedriglohnbereich. Der Niedriglohnsektor wächst in Deutschland wie in keinem anderen westeuropäischen Land. Das Problem der „Working poor“ nimmt zu. 1,3 Mio. Erwerbstätige erhalten kein Einkommen, das ihren notwendigen Lebensunterhalt deckt. Sie müssen deshalb ihr Einkommen durch Hartz IV aufstocken. Das ist ein gesellschaftlicher Skandal. Wir setzen uns für einen Mindestlohn ein, der den Menschen armutsfeste Löhne sichert. Langzeitarbeitslose kommen nicht aus der Armutsfalle. Sie haben von den Reformen nicht profitiert. Darauf zu verweisen, dass weitere Deregulierung und Lohnsenkungen ihre Lage verbessern würden, ist zynisch. Für Menschen, die auf absehbare Zeit keine Chancen auf eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt haben, sollten dauerhaft öffentlich geförderte Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten

werden. Die Beschäftigung in den sog. Ein-Euro-Jobs bewirken keine Arbeitsmarktintegration.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Arbeitsmarktreform weiter in der Diskussion bleibt. Ungerechtigkeiten und Mängel sind zu beseitigen. Wir setzen uns für eine effiziente, nicht diskriminierende und sozial ausgewogene Umsetzung der Reform ein. Dabei ist einer Stigmatisierung von Leistungsberechtigten entgegenzuwirken. Die Funktionsfähigkeit der Grundsicherungsträger muss u. a. durch die Bereitstellung von ausreichendem und qualifiziertem Personal verbessert werden.

Die Anzahl der Personen, die mit einem Einkommen auf der Höhe des Sozialhilfesatzes leben müssen, ist von knapp 3 Mio. in 2004 auf aktuell 7,9 Mio. gestiegen. Mehr als 90 % davon sind auf Hartz IV-Leistungen angewiesen. Die Regelleistungen von Hartz IV haben gegenüber der Sozialhilfe in 2004 erheblich an Kaufkraft verloren. Damit geht es mehr Menschen schlechter als 2004. Etwa 3 Mio. Kinder und Jugendliche sind von Armut betroffen. Die Zahl der Kinder in Familien mit Einkommen auf Sozialhilfeniveau ist von 1,1 Mio. im Jahr 2004 auf 2,2 Mio. im Jahr 2008 gestiegen. Diese erfahren den gesellschaftlichen Ausschluss in besonderer Weise, weil sie sich im täglichen Leben besonders in der Schule mit Kindern aus besser gestellten Haushalten vergleichen.

Gesunde Ernährung, Teilnahme am Schulesen und an (eintägigen) Klassenfahrten, Sportverein, Musikschule, Schwimmbad und andere außerschulische Aktivitäten sind vom Hartz IV-Regelsatz nicht zu finanzieren. Besonders schlecht ist ihre Situation, wenn Länder oder Kommunen noch nicht einmal die vorgeschriebenen Lernmittel oder die notwendigen Fahrtkosten zur Schule finanzieren.



Zur Bekämpfung von Kinderarmut unterstützen wir die Bundesregierung bei ihrem Beschluss, die Kinderbetreuung im vorschulischen Bereich zu verbessern, die Prävention auch vor Vernachlässigung der Kinder durch die Eltern zu stärken und benachteiligten Stadtteilen insbesondere durch das Programm „Soziale Stadt“ besonders zu fördern. Sehr kritisch betrachten wir jedoch die alleinige Konzentration der Maßnahmen auf diese Programme.

Es muss endlich wieder über das Existenzminimum von Kindern und ihren Familien diskutiert und dringende Anzeichen zu Veränderungen wahrgenommen werden. Dabei ist darauf zu achten, dass neben den Lebenshaltungskosten, die ähnlich wie bei Erwachsenen anfallen und die in einen Regelsatz gehören, auch der besondere Bedarf der Kinder für Gesundheit, Bildung und Betreuung, für Fahrtkosten zur Schule sowie für Mahlzeiten während der Ganztagsbetreuung bzw. Ganztagschule als Rechtsanspruch festgeschrieben wird.

Dies muss unabhängig davon geschehen, ob die Kostenübernahme dieser Sachleistungen über das SGB II, die Schulbehörden oder die Träger der Jugendhilfe erfolgt. Die Bundesregierung kann zwar auf die finanzielle Mitverantwortung der Länder und Kommunen hinweisen, sie muss aber endlich ihre koordinations- und impulsgebende Funktion wahrnehmen und darf die Verantwortung nicht mehr von sich schieben. Bis zu einer endgültigen Regelung sollte der Regelsatz für Kinder sowie für Jugendliche in schulischer oder beruflicher Ausbildung als Notmaßnahme deutlich erhöht werden.

Wir fordern die Bundesregierung dringend auf, ihren eigenen Auftrag zur Überprüfung der Regelsätze auch für Erwachsene durchzuführen

und das Ergebnis öffentlich zu diskutieren. Wir fordern einen Regelsatz der gesellschaftliche Integration sicher stellt und den Kaufkraftverlust der letzten Jahre ausgleicht.

Wir begrüßen die deutliche Darstellung des Zusammenhangs von Armut und erhöhten Erkrankungsraten. Unzureichend sind die Aussagen im Bericht zur Lebenserwartung; arme Frauen sterben acht Jahre und arme Männer elf Jahre früher als Reiche. Die psychosozialen Stressfaktoren Armut und Arbeitslosigkeit sowie die strukturellen Benachteiligungen im Gesundheitssystem (z.B. Zuzahlungen) werden kaum berücksichtigt. Die gesundheitspolitischen Konsequenzen des Berichts sind völlig unzureichend.

Das von der Europäische Kommission ausgerufenen Jahr 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung muss auch in Deutschland einen hohen Stellenwert erhalten. Es gibt Gelegenheit, eine Bilanz der Erfolge und Misserfolge der Politik zu ziehen und neue Prioritäten zu formulieren. Die Beteiligung der Menschen, die von Armut betroffen sind, muss dabei ein wichtiges Anliegen sein. Nur ein starker Steuerstaat kann ein starker Sozialstaat sein. Wenn zehn Prozent der Bevölkerung über 40 Prozent des Geldvermögens in ihrer Hand haben, stellen sich die Fragen insbesondere an die Erbschafts- und Vermögenssteuer deutlich.

Berlin, 28. Mai 2008

Arbeiterwohlfahrt  
Bundesverband - Armut und Gesundheit in Deutschland e.V. -  
BAG der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen –  
Bundesverband  
Deutsche Tafel – BAG Schuldnerberatung – BAG Soziale  
Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit – BAG  
Wohnungslosenhilfe -  
Deutscher Bundesjugendring - Deutscher Caritasverband -  
Deutscher Gewerkschaftsbund - Deutsches Rotes Kreuz -  
Diakonisches Werk der EKD - Paritätischer Wohlfahrtsverband -  
Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland



# SPD setzt weiteren Schritt für Mindestlöhne durch.



Das soziale Deutschland.

Das Bundeskabinett hat heute die Gesetzentwürfe von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz für die Reform des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und des Mindestarbeitsbedingungen-gesetzes beschlossen. Damit wollen wir die Voraussetzungen für faire und menschenwür-dige Löhne in allen Bereichen der Wirtschaft schaffen.

## Vorrang für tarifliche Mindestlöhne

Mit der Neufassung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes bieten wir einen Rechtsrahmen, um tarifvertraglich vereinbarte Mindestlöhne für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeit-nehmer in einer Branche verbindlich zu machen. Dies gilt unabhängig davon, ob der Arbeitgeber seinen Sitz im In- oder Ausland hat. Allgemeinverbindliche Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz gibt es bereits etwa in der Baubranche, im Gebäudereiniger-handwerk oder für Briefdienstleistungen. Wir schaffen nun den Rechtsrahmen für die Aufnahme weiterer Branchen mit einer Tarifbindung von mindestens 50 Prozent. Dies betrifft z.B. die Zeitarbeitsbranche.

## Mindestlöhne nach dem Mindestarbeitsbedingungengesetz

In den Branchen, in denen es keine Tarifverträge gibt oder weniger als 50 Prozent der Arbeitnehmer bei tarifgebundenen Arbeitgebern beschäftigt sind, soll künftig das reformierte Mindestarbeitsbedingungengesetz gelten.

## Die SPD hält Wort

Die SPD will Mindestlöhne durchsetzen. Wir sind heute einen großen Schritt weitergekom-men. Klar ist aber auch: Unser Ziel bleibt der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn, wie wir es mit den Gewerkschaften vereinbart haben.

Die Gesetzentwürfe gehen nun in das parlamentarische Verfahren. Im Laufe des Verfah-rens wird auch über die bereits vorliegenden Anträge aus acht Branchen entschieden, in das Entsendegesetz aufgenommen zu werden. Damit könnten weitere 1,6 Millionen Menschen von Mindestlöhnen profitieren.

## Mindestlöhne sind ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit und der wirtschaftliche Vernunft!

## Amerikas Demokraten haben endlich einen Präsidentschaftskandidaten

*Von Sebastian Trommsdorff*

Ich erinnere mich noch sehr genau daran wie ich Hillary Clinton das erste mal persönlich in New York auf einer Veranstaltung der „Working Families Party“ sah. Am Ende der Veranstaltung wollte ich mir ihr nähern um sie zu bitten mir ein Autogramm in mein Parteibuch zu schreiben. Aber ich konnte nur einmal in ihre Augen schauen. Auf einer Grossbildleinwand. Ich war zutiefst beeindruckt von dieser so zielstrebig agierenden Politikerin mit genau definierten Zielen und einem Masterplan zu deren Umsetzung. Damals, 2003, war das für mich die nächste demokratische Präsidentin der U.S.A. Raus aus dem Irak, rein in die gesetzliche Sozialversicherung für jedermann nach europäischem Vorbild, das war doch mal was. Vor allem für mich der als Streetworker täglich mit den Schattenseiten des amerikanischen Systems konfrontiert war. Von daher stand ich am Beginn des Vorwahlkampfes der Demokraten voll auf der Seite Hillary Clinton. Von Obama hielt ich anfangs nicht viel. Zu weich, zu strahlend, zu jung, zu unerfahren. Kurz nicht hart genug für das politische Geschäft in den U.S.A.

Diese Haltung änderte sich aber so peu à peu wie bei so vielen meiner demokratischen Freunde in den U.S.A. Frau Clinton machte einfach zu viele Fehler und vor allem wirkte sie auf mich viel zu Arrogant.

Im Laufe dieses schier endlos dauernden Vorwahlkampfes bewies Obama an mehr als einer Stelle dass er befriedigend Hart für dieses

Geschäft ist. Zwar musste er sich, meiner Ansicht nach nach Erwägungen taktischer Natur, von seinem Reverend trennen, aber letztendlich hat ihm das nicht all zu sehr geschadet.

Ausschlaggebend war, ist und bleibt der Bewegungscharakter seiner Kandidatur. Er kann neue, bisher völlig inaktive, Wählerschichten für das Thema Politik erschließen. Seine Anhänger sind geradezu messianisch für ihren Messias Obama unterwegs. Letztendlich ist durch diese Massenmobilisierung ein fast schon Kontinentaleuropäisch anmutender Straßenwahlkampf geführt worden. Diese messianische Herangehensweise birgt allerdings enorme Gefahren. Obama steht unter einem schier erdrückendem Erfolgsdruck. Die nun begeisterten Massen verbinden mit Obama enorme, meiner Ansicht nach kurzfristig unerfüllbare, Hoffnungen und Wünsche. Obama befeuert dies auch noch in dem er bewusst wage bleibt. Diese grenzenlose Begeisterung kann allerdings sehr schnell in grenzenlose Enttäuschung umschlagen.

Clintons Wahlkampf Strategie hingegen war eher „Traditionell“: etablierte gesellschaftlich relevante Gruppen wie zum Beispiel die verschiedenen Gewerkschaften auf der einen Seite und das Parteiestablishment auf der anderen Seite wurden ins Boot geholt und ansonsten vertraute man/frau auf die eigene inhaltliche, taktische und finanzielle Überlegenheit. Zu keiner Zeit hat Clinton ein probates Mittel gefunden den „Obamahype“ umschlagen zu lassen. Ihre immer aggressiveren und dreckigeren Wahlkampfmethoden schadeten fast ausschließlich ihr, da Obama nur noch mehr als „leidender Messias“ strahlte. Nun steht Clinton vor einem Trümmerhaufen. Ihr Verhältnis zu Obama ist so zerrüttet, dass eine weitere Zusammenarbeit oder gar eine

Vizepräsidentschaft ausgeschlossen scheint. Damit ist Ihre politische Karriere beendet.

Die Schlacht war lang und der Ausgang eindeutig. Nun wird sich zeigen wie und ob Mc Cain mit der „Obamania“ fertig wird.

Er hat keine Chance!

### Impressionen zu SPD Abteilungsaktivitäten der letzten Monate



SPD- Torwandschießen auf dem Sparrplatzfest



SPD-Infostand auf dem Sparrplatzfest



Bierstandbetreuung beim SPD-Stadtteilfest der Abteilung Brunnenviertel



Klausurtagung im Kurt-Schumacher-Haus

### Impressum:

Die „Propagandistin“ ist die Mitgliederzeitung der 16. Abt. „Grünes Dreieck“ – SPD Berlin Mitte

*Redaktion & AutorInnen:* Christopher Vetter, Udo Sack, Hanno Winter, Sebastian Trommsdorff, Uwe Ostendorff, Rico Todzi, Matthias Hübner;

*Layout:* , Hanno Winter; Christopher Vetter

*V.i.s.d.P.:* Udo Sack, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

### KONTAKT:

[propagandistin@gruenes-dreieck.de](mailto:propagandistin@gruenes-dreieck.de)

Druck mit freundlicher Unterstützung vom  
CopyShop Peter Noak

Tegeler Str. 29a, 13353 Berlin, [www.digitalesdruckstudio.de](http://www.digitalesdruckstudio.de)



**Vorzügliche mediterrane Küche  
Gute Weine, Biere und Cocktails**



**L'escargot**  
**Bar – Restaurant**  
**Brüsseler Str. 39**  
**☎ 0173-610 82 66**  
**Täglich ab 18.00h - 1.00**



# Deichgraf



*Täglich geöffnet von 9.00 - 2.00*

*Frühstück ab 9.00*

*Mittagstisch ab 11.30*

*Küche bis 23.00*

